

Fadegrad



von Roland Scheck

Sozialistische Stadt

Gemäss Raumplanungsgesetz müssen Nutzungspläne periodisch, in der Regel jedoch spätestens innert 15 Jahren überprüft und nötigenfalls angepasst werden, wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Die letzte Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Zürich wurde 1999 durchgeführt.

2014 wäre also das richtige Jahr, um diese Überprüfung durchzuführen. Auch deshalb, weil am 9. Februar dieses Jahres die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative stattfand. Diese Abstimmung änderte die Verhältnisse definitiv, ganz abgesehen von ihrem Ausgang. So wohl bei einem JA wie auch bei einem NEIN hätte das der BZO zugrundeliegende Bevölkerungswachstumsszenario revidiert werden müssen.

Der 9. Februar des Jahres 2014 wäre also der richtige Trigger gewesen. Aber was machte der Stadtrat? Er wollte nicht warten und führte schon im Jahr 2013 eine Teilrevision durch. Also unmittelbar vor der grossen Weichenstellung bezüglich Masseneinwanderung. So kopflos kann eine Regierung doch gar nicht handeln, würde man im ersten Moment denken. Oder war es vielleicht doch nicht kopflos?

Und prompt stossen wir im Entwurf der Teilrevision auf einen neuen Artikel, der jeden liberalen Geist stutzig macht: Im neuen Artikel 4b – welcher landläufig bereits als Willkür-Artikel bezeichnet wird – geht es um die sogenannte kooperative Planung. Wird die Nutzweise und Zweckbestimmung der Gebäude in einer Weise festgelegt, die einer wertvermehrenden Um- oder Aufzonung gleichkommt, sind mittels kooperativer Planung ein angemessener Mindestwohnanteil für Kostenmiete, eine städtebauliche Aufwertung und eine qualitätsvolle bauliche Verdichtung sicherzustellen.

Nichts an diesem Artikel ist messbar, womit die privaten Investoren der Stadtverwaltung ausgeliefert werden. Ein Freipass für den Eingriff in die Eigentumsrechte. Mit der Verpflichtung zur Kostenmiete wird es für Private nicht mehr interessant, Wohnungen zu bauen. Und jetzt sind wir bei der wahren Absicht des Stadtrats. Bei der teilrevidierten BZO geht es in Tat und Wahrheit um eine schleichende Enteignung. Die Stadt Zürich möchte den Wohnungsmarkt in die eigenen Hände kriegen und die Privaten verdrängen.

Nur weil sie es beim Bevölkerungswachstumsszenario nicht so genau nimmt, ist die Teilrevision der BZO also alles andere als kopflos, sondern unterliegt einem höchst gefährlichen Masterplan. Dieser ist offensichtlich: Der rot-grüne Stadtrat will die «Sozialistische Stadt». Mit der kooperativen Planung soll die sozialistische Idee auf das Stadtmodell übertragen werden. Abschaffung des privaten Grundeigentums und Überwindung der sozialräumlichen Segregation sind die ideologischen Grundlagen dazu. Beängstigend. Bleibt zu hoffen, dass eine Mehrheit des Gemeinderats diesen unheimlichen Plan zurückweist.

FALSCHES MOTIV

Wer einen Hafenkran zur Kunst erklärt, macht auch ein Pferd zum Stadtrat

Würde die Stadtzürcher Linke den alten Hafenkran, den sie auf Steuerzahlers Kosten vor der Verschrottung bewahrt und derzeit am Limmatquai zur Schau stellt, tatsächlich für Kunst halten, würde sie sich damit schlicht und einfach lächerlich machen. In Tat und Wahrheit geht es ihr aber um eine politische Machtdemonstration.



Claudio Zanetti
Kantonsrat SVP
Gossau ZH

Der römische Kaiser Caligula galt lange Zeit als Prototyp des wahnsinnigen Herrschers. Als Beleg dafür wird häufig angeführt, er habe sogar sein Lieblingspferd zum Senator gemacht. Bestimmt wäre Caligula sehr angetan von der Idee des Zürcher Stadtrats, einen rostigen Hafenkran zum Kunstwerk zu erheben. Umgekehrt würden die Stadträte wohl nicht aus Tierschutzgründen ein Pferd nicht in ihren Kreis aufnehmen. Was Kantons- und Gemeinderäten zu genehigen hat, ist einem Ross noch lange nicht zuzumuten.

Die neue historische Forschung geht allerdings nicht mehr davon aus, dass Caligula wahnsinnig war. Er war wohl bloss unglaublich arrogant. Mit der Ernennung seines Pferdes «Incitatus», das, nebenbei bemerkt, aus der Zucht der «Grünen» stammte, schleuderte er den entmachteten Senatoren seine Verachtung entgegen: «Seht her! Egal, was ich mache, Ihr könnt nichts dagegen tun.» Die gleiche Geisteshaltung le-

gen die Zürcher Linke und ihr Stadtrat an den Tag. Nicht einmal durch Budgetkürzung und eine Volksinitiative, wie jene, mit der sie den Gripen-Kauf bekämpfen, lassen sie sich von ihrem Ziel abbringen.

Unter allen Umständen soll eine weitere Niederlage gegen die SVP, die vor einigen Jahren das geplante Nagelhaus mit dem Slogan «5,9 Mio. für e Schissi» erfolgreich bodigte, verhindert werden.

Der Cäsar von Zürich kennt keine «Clementia», keine Milde. Er hat die Macht und demonstriert nur allzu gerne, dass er sie hat.

Kompromisswillen von Taliban

Jüngstes Beispiel dafür, wie verbissen die rot-grünen Fundamentalisten ihre Ziele verfolgen, bietet die Konstituierung der Stadtregierung. Der Gedanke, dass der freisinnige, aus der Antiatomkraft-Bewegung stammende Filippo Leutenegger, das Tiefbauamt übernehmen sollte und damit für Verkehrsfrage zuständig werden, verursachte den Machthabern Bauchkrämpfe. Glaubt man dem «Tages-Anzeiger», sollen die Grünen vor Wut schäumen.

Allerdings goss der Kommentator des linken Kampfblattes noch zusätzlich Öl ins Feuer, indem er behauptete, die SP sei nicht gewählt worden,

damit die FDP den Verkehr bestimmen und Autofahrer in die Hölle wünscht, allerhöchstens die Macht über das städtische Fundbüro zugestanden werden. Kollegialitätsprinzip? Fehlangeize.

Um Kunst geht es beim Hafenkran aus Rostock bestenfalls am Rande. Stattdessen geht es um Herr-im-Haus-Politik. Hier wird Kunst zu politischen Zwecken missbraucht, und kein Kulturschaffender protestiert dagegen. Beides kein Novum in der Geschichte.

Linke Kunst erkennt man an ihrer Hässlichkeit

Politiker können jemandem nur Geld geben, das sie jemand anderem wegnehmen. Ist es da zu viel verlangt, wenn sie wenigstens eine gute Begründung liefern müssen? Es liegt mir fern, ex cathedra festzulegen, was Kunst ist und was nicht. Aber ich lasse mir die Antwort auf diese Frage auch nicht von irgendwelchen Funktionären aufkotzieren. Wenn Intellektuelle und gemeine Linke einen Hafenkran als Kunst betrachten wollen, ist das ihr gutes Recht. Deren Recht ist aber nicht wichtiger, als mein Recht, ihn nicht als Kunst-

werk, sondern als Kran zu betrachten, für den ich kein Geld ausgeben will.

Mit einem Hafenkran gebe ich mich nicht zufrieden. Ich erwarte mehr von Kunst. Sie muss unterhalten. Sie darf zum Lachen reizen oder provozieren – auf Kosten der Allgemeinheit in Grenzen, privat finanziert grenzenlos. Eine halbwegs originale Idee reicht nicht.

Ich bin im Übrigen der Meinung, dass man in Zürich, verglichen mit anderen Städten, zu wenig Kunst auf öffentlichem Grund antrifft. Vor allem haben wir kaum etwas, das auch Spass macht. So lädt beispielsweise Max Bills «Pavillon-Skulptur» an der Bahnhofstrasse mehr zum Binden der Schnürsenkel und zum Verzehr eines Hamburgers ein, als zur Kunstbetrachtung.

Oder, wo wir gerade beim Essen sind: Früher baute man in Zürich Pferdestallungen, die man heute als Restaurant «Reithalle» gerne frequentiert. Umgekehrt bauen sie heute Restaurants in Kulturbauten, wie der «Fleischkäse» am Bellevue, die man keinem Pferd zumuten würde. Nicht einmal einem zum Stadtrat gewählten.

Der Basistext wurde für die Website Radio SRF 2 verfasst.

SVP-FRAKTION DES ZÜRCHER GEMEINDERATES

Abschied aus dem Gemeinderat

In den letzten zwei Ausgaben des «Zürcher Bote» richteten die Autoren den Fokus auf politische Ereignisse der zu Ende gehenden Legislatur. Wie meistens, haben auch die diesjährigen Wahlen zu personellen Veränderungen geführt, denen wir heute unsere Aufmerksamkeit schenken wollen.

ZB. Die Gemeindevahlen vom 9. Februar 2014 haben der SVP-Fraktion nicht ganz so viel Erfolg gebracht, wie in früheren Jahren – leider muss der Verlust eines Sitzes hingenommen werden.

Trotzdem wird sich die SVP in den nächsten vier Jahren anstrengen, mit 23 statt wie bisher mit 24 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten in der Politik der grössten Schweizer Stadt

echt bürgerliche Akzente zu setzen. Auch beim diesjährigen Legislatur-Wechsel gibt es Fraktionsmitglieder, die der bürgerlichen Kampftruppe gegen den Steuergeld verschlingenden

linken Zeitgeist in der Stadt Zürich nicht mehr angehören werden. Die Fraktion muss sich von den nachstehenden acht Gemeinderätinnen und Gemeinderäten verabschieden:

SVP Kreispartei 1/2



Hedy Schlatter
Gemeinderätin von 2005 bis 2014
Mitglied der Spezialkommission Sozialdepartement.

SVP Kreispartei 6



Beat Camen
Gemeinderat von 2013 bis 2014
Mitglied Kommission Finanzdepartement

SVP Kreispartei 9



Ruth Anhorn
Gemeinderätin von 2000 bis 2014
Mitglied Kommission Präsidial- und Schuldepartement
Mitglied Redaktionskommission
Mitglied Kommission Gesundheits- und Umweltsdepartement

SVP Kreispartei 10



Dr. Guido Bergmaier
Gemeinderat von 2004 bis 2014
Mitglied Kommission Sozialdepartement/
Präsident 2012 bis 2014

SVP Kreispartei 3



Marina Garzotto
Gemeinderätin von 1997 bis 2014
Mitglied Büro des Gemeinderats
Gemeinderatspräsidentin 2010
Mitglied Kommission Präsidial-/Schuldepartement
Mitglied Kommission Gesundheits- und Umweltsdepartement
Mitglied paritätische Kommission
Landrat Uri/Gemeinderat Zürich

SVP Kreispartei 7/8



Monika Erfigen
Gemeinderätin von 1999 bis 2014
Mitglied Rechnungsprüfungskommission (RPK)/Präsidentin 2002 bis 2004

SVP Kreispartei 11



Margrit Haller
Gemeinderätin von 2011 bis 2014
Mitglied Kommission Gesundheits- und Umweltsdepartement
Mitglied Kommission Präsidial- und Schuldepartement

SVP Kreispartei 11



Bruno Sidler
Ratssekretär 1994 bis 1998
Gemeinderat 1998 bis 2014
Mitglied Kommission Präsidial- und Schuldepartement
Mitglied Büro des Gemeinderats
Gemeinderatspräsident 2003
Mitglied Geschäftsprüfungskommission (GPK)/Präsident 2006 bis 2008

Die Gemeinderatsfraktion bedankt sich an dieser Stelle bei den erwähnten Kolleginnen und Kollegen für den engagierten Einsatz während der Zeit ihrer Fraktionszugehörigkeit. Die besten Wünsche begleiten

sie für den nächsten, ratsfreien Lebensabschnitt. Mit ihrer aktiven Politarbeit in der Fraktion haben sie dazu beigetragen, dass die Stimme der SVP im Zürcher Gemeinderat respektable Bedeutung gewonnen hat. Im-

merhin darf mit Stolz festgehalten werden, dass die SVP nach wie vor die grösste bürgerliche Fraktion im Gemeinderat und die stärkste bürgerliche Partei in dieser Stadt ist. Die neu zusammengesetzte SVP-Frak-

tion, deren offizielle Amtseinsetzung in der Gemeinderatssitzung von Mittwoch, 7. Mai 2014 erfolgt, werden wir den Leserinnen und Lesern des «Zürcher Boten» in einer der nächsten Ausgaben präsentieren.